



Was in Frankreich derzeit geschieht, ist nicht weniger als ein politischer Offenbarungseid. In mehreren Städten – unter anderem in Nice, Béziers, Curcunon und jetzt auch in Clermont-Ferrand – verhängen Bürgermeister nächtliche Ausgangssperren für Minderjährige. Pauschal. Ohne individuelle Prüfung. Ohne Delikt. Einfach, weil sie jung sind.

Der Staat, der sich selbst als Wiege der Freiheit rühmt, schließt nun seine Jugend aus dem öffentlichen Raum aus. Zwischen 21 / 22 Uhr und 6 Uhr dürfen Kinder und Jugendliche unter 13, 14 oder 16 Jahren – je nach Kommune – das Haus nicht mehr verlassen. Wer trotzdem draußen erwischt wird, riskiert Bußgelder und das Eingreifen der Polizei. Die Begründung? Gewalt, Vandalismus, Sicherheitsrisiken. Doch statt Ursachen zu bekämpfen, wird kollektiv bestraft – ein demokratischer Tiefpunkt.

Das Ende der republikanischen Heuchelei

Die französische Republik war immer stolz auf ihre Prinzipien: *Liberté, Égalité, Fraternité*. Doch mit jeder neuen Maßnahme dieser Art werden diese Werte ausgehöhlt. Denn es sind nicht „die Jugendlichen“, die Probleme machen. Es sind einzelne, oft sozial marginalisierte junge Menschen – viele aus prekären Vorstädten, ohne Perspektive, ohne Stimme, ohne Vertrauen in ein System, das ihnen seit Jahrzehnten nichts zu bieten hat außer Polizeikontrollen, Schulversagen und Stigmatisierung.

Mit diesen Ausgangssperren trifft man aber eben nicht nur die Gewalttäter. Man trifft *alle*. Auch das ruhige Kind, das nachts seine Großmutter besuchen will. Den 13-Jährigen, der nach dem Spätdienst seine Mutter abholen möchte. Das Mädchen, das nach einem Kinobesuch nicht allein nach Hause darf.

Die Botschaft: Ihr seid ein Risiko. Ihr gehört nicht dazu. Ihr müsst drinnen bleiben.

Sicherheit gegen Freiheit: Ein fauler Tausch

Natürlich, Sicherheit ist wichtig. Aber Freiheit ist kein Luxusgut für ruhige Zeiten. Freiheit zeigt ihren Wert gerade dann, wenn es schwierig wird. Wer das Kollektiv unter Generalverdacht stellt, verrät die Grundlagen des Rechtsstaates. Und wer glaubt, Jugendliche durch Repression zu besseren Bürgern zu erziehen, verkennt nicht nur die Psychologie der Jugend, sondern sät gesellschaftliche Spaltung.

Das Vertrauen in den Staat wird so nicht gestärkt, sondern zerstört. Der Blick auf die Vororte von Paris, Marseille oder Lyon zeigt das längst: Die Gendarmen gelten dort nicht als Garanten



der Ordnung, sondern als Besatzer. Wer dort aufwächst, weiß: Freiheit und Gleichheit gelten anderswo.

Die politische Kapitulation vor dem Unbehagen

Man darf diese Maßnahmen nicht nur als sicherheitspolitische Reaktion verstehen – sie sind auch ein Zeichen tiefer politischer Ratlosigkeit. Die Regierung in Paris und viele Kommunalpolitiker haben seit Jahren keine wirkungsvolle Antwort auf Jugendgewalt und Perspektivlosigkeit. Statt Bildungsreformen, Sozialarbeit, Integrationsprogrammen oder Investitionen in benachteiligte Viertel, gibt es jetzt: Verbote.

Dabei zeigt sich hier ein gefährlicher Trend: Statt sozialpolitisch zu handeln, wird autoritär durchgegriffen. Man nennt es Ordnungspolitik, meint aber Kontrolle. Was als Ausnahme gilt, droht zur neuen Norm zu werden – mit fatalen Folgen für den sozialen Frieden.

Die Jugendlichen, die man jetzt wegsperrt, sind nicht das Problem. Sie sind das Symptom einer Gesellschaft, die ihre Verantwortung abgegeben hat.

Wenn die Jugend schweigt, hat die Republik verloren

Es ist leicht, Angst zu schüren. Es ist bequem, mit dem Finger auf „die Jugend“ zu zeigen. Aber was sagen wir ihnen damit? Dass sie keine Teilhabe verdienen? Dass sie gefährlich sind, bevor sie überhaupt etwas getan haben?

Ein Land, das seine Jugend einsperrt, verliert nicht nur seine Glaubwürdigkeit. Es verliert seine Zukunft. Denn diese jungen Menschen werden sich erinnern – an einen Staat, der sie ausgeschlossen hat. Und irgendwann, vielleicht schon sehr bald, werden sie sich fragen: Warum sollten wir diesen Staat noch achten?

Ein Kommentar von **P.T.**